

# IHR UPDATE AUS BERLIN

Abgeordneten-Newsletter: Jan-Wilhelm Pohlmann MdB



## AKTUELLES AUS BERLIN

Jan-Wilhelm Pohlmann MdB

Liebe Leserinnen und Leser,

ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest, erholsame Tage zwischen den Jahren und einen guten Start in ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2026.

Die zurückliegenden Monate haben gezeigt: Politik wirkt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen und notwendiger Kompromisse konnten wir bereits wichtige Weichen stellen – für wirtschaftliche Entlastung, mehr Anerkennung für Engagement, mehr Sicherheit und eine Änderung der Migrationspolitik. Das ist ein guter Anfang. Gleichzeitig wissen wir: Die großen Aufgaben liegen noch vor uns. 2026 wird ein Jahr entscheidender Reformen werden müssen – für Wachstum, Generationengerechtigkeit und den Erhalt unseres Wohlstands. Daran werden wir mit Nachdruck weiterarbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse, Ihre Rückmeldungen und Ihr Vertrauen. Lassen Sie uns gemeinsam zuversichtlich ins neue Jahr gehen.

Herzliche Grüße  
Jan-Wilhelm Pohlmann

## DIESE AUSGABE ENTHÄLT:

Seite 1: Rückblick auf 2025

Seite 2:  
Besuch bei den Heeresfliegern in Fritzlar

Seite 3:  
Gesetzgebung aus Sicht des Berichterstatters

Seite 4:  
Russischer Angriffskrieg

Seite 5:  
Steueränderungen

# BESUCH BEI DEN HEERESFLIEGERN IN FRITZLAR



Zusammen mit Regierungspräsident Mark Weinmeister und der Landtagsabgeordneten Claudia Ravensburg besuchte Jan-Wilhelm Pohlmann kürzlich die Georg-Friedrich-Kaserne in Fritzlar. Im Gespräch mit dem seit diesem Jahr neuen Kommandeur Oberst Thomas Blum informierten sich die CDU-Politiker über aktuelle Entwicklungen für den Fritzlarer Bundeswehrstandort, an dem insbesondere das Kampfhubschrauberregiment 36 untergebracht ist.

Dabei ging es vor allem um eine weitere Verbesserung der Abstimmungsprozesse zwischen der Bundeswehr und Politik, um auf allen politischen Ebenen dafür zu sorgen, dass bei Bauvorhaben (etwa zur Unterbringung weiterer Soldaten) oder bei der Beschaffung von Rüstungsgütern bestehende bürokratische Hemmnisse abgebaut werden.

Jan-Wilhelm Pohlmann konnte sich unter Anleitung der mit der Wartung der Kampfhubschrauber betrauten Soldaten im Cockpit eines Modellhubschraubers von den besonderen Herausforderungen überzeugen, mit denen es die Heeresflieger bei ihren Übungsflügen und Einsätzen zu tun haben. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses sicherte Pohlmann zu, sich bei der Ersatzbeschaffung zum bestehenden Kampfhubschrauber Tiger auch weiterhin intensiv mit den Verantwortlichen des Bundeswehrstandortes Fritzlar abzustimmen. Dies gilt für die kurzfristige Übergangslösung, den Airbus H145M als leichten Kampfhubschrauber (LKH) wie auch für die langfristig anstehende Entscheidung über einen vollwertigen Tiger-Nachfolger.



## **GESETZGEBUNGSPROZESS AUS SICHT DES „BERICHTERSTATTERS“**

In den beiden vergangen Newslettern hatte ich über das Gesetzgebungsverfahren zum Artikelgesetz „Militärische Sicherheit“ berichtet. Mit diesem Beitrag möchte ich heute einmal aus der Perspektive des zuständigen Berichterstatters der CDU/CSU über meine Erfahrungen berichten.

Unter den Abgeordneten in einem Ausschuss werden die Fachthemen auf die Mitglieder der Fraktion aufgeteilt. Die zuständigen Sprecher nennt man Berichterstatter. Diese sind federführend für Ihre Themen verantwortlich.

Während des gesamten Gesetzgebungsprozesses standen unzählige Hintergrundgespräche auf der Tagesordnung. Ich und meine Mitarbeiter haben uns mit vielen Fachleuten zu dem Thema ausgetauscht.

Nachdem das Gesetz im Bundestag eingebracht wurde, hatte ich bereits Änderungswünsche identifiziert. Deshalb habe ich auch die Verhandlungen zu der zuständigen Berichterstatterin der SPD-Fraktion aufgenommen. Zeitgleich haben wir auch die Gespräche mit dem Bundesverteidigungsministerium weiter intensiviert.

In einer öffentlichen Expertenanhörung konnte ich durch meine Fragen auf die – aus meiner Sicht – notwendigen weitergehenden Gesetzesänderungen aufmerksam machen und diese herausstellen.

Im Nachgang folgten dann intensive Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner, welche am Ende zu entsprechenden Änderungsanträgen zu dem Gesetz führten. Nach viel Arbeit im Hintergrund konnten wir im Dezember nun das geänderte Gesetz beschließen. Festzuhalten bleibt, dass man als zuständiger Berichterstatter die Themen in seiner Zuständigkeit aktiv mitgestalten kann und auch wirkungsvolle Änderungen erzielen kann.



## **„DAS RECHT MUSS STÄRKER SEIN ALS DAS RECHT DES STÄRKEREN“**

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein brutaler Bruch des Völkerrechts, der uns täglich vor Augen führt, wie wichtig europäische Geschlossenheit und entschlossene Unterstützung sind.

In der Regierungsbefragung im Bundestag habe ich die Bundesregierung zu Deutschlands Rolle bei den Friedensverhandlungen und zur Unterstützung der Ukraine befragt. Dabei wurde deutlich: Deutschland und der Bundeskanzler setzen sich mit Nachdruck dafür ein, eine entscheidende und tragfähige Rolle in Friedensprozessen zu sichern und gemeinsam mit unseren Partnern eine rechtssichere Lösung für eine verlässliche finanzielle Unterstützung der Ukraine zu ermöglichen.

Eine zentrale Möglichkeit hierfür ist die Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte. In Europa liegen derzeit 210 Milliarden Euro an solchen Geldern. Es ist eine Ressource, die die Ukraine dringend für den Wiederaufbau und die Stabilisierung ihres Landes nutzen könnte.

Der Kanzler steht hierzu in engem Austausch mit zahlreichen europäischen Staaten – zuletzt auch im persönlichen Gespräch mit dem belgischen Premierminister, um Belgien von einer starken gemeinsamen europäischen Linie zu überzeugen. Zudem empfing er Mitte Dezember Präsident Selenskyj, europäische Regierungsvertreter sowie US-Unterhändler in Berlin, um Fortschritte auf dem Weg zu einem gerechten Frieden zu unterstützen und die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit zu stärken.

Klar ist, dass Entscheidungen über mögliche Friedensverhandlungen nicht über die Köpfe der Ukrainer – und auch nicht über die der Europäer – hinweg getroffen werden dürfen. Es geht um nicht weniger als die Sicherheit unseres gesamten Kontinents. Am Ende muss gelten, wie der Chef des Kanzleramts es bei der Regierungsbefragung sehr gut formuliert hat, dass: „Das Recht weiter stärker ist als das Recht des Stärkeren.“



## NICHT ALLES, WAS GUT IST, STEHT IN DER PRESSE

Wehrdienst und Rentenfragen dominieren derzeit die Schlagzeilen. Medien sollen Regierungshandeln kritisch begleiten – das ist richtig und wichtig. Dabei geraten jedoch andere bedeutende Entscheidungen leicht aus dem Blick. Bereits in der letzten Ausgabe haben wir über Maßnahmen zur Digitalisierung berichtet. Das vollständige Papier finden Sie auf meiner Homepage ([LINK](#)).

In den letzten Sitzungswochen des Jahres konnten wir weitere wichtige Beschlüsse fassen, die ab dem 1. Januar 2026 gelten. Mit einem Entlastungsvolumen von 3,6 Milliarden Euro senken wir den Mehrwertsteuersatz für Speisen in der Gastronomie von 19 auf sieben Prozent. Damit setzen wir ein zentrales Wahlversprechen um und stärken eine Branche, die unter hohen Energie-, Personal- und Warenkosten leidet – gerade im ländlichen Raum ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität.

Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten wir: Die Entfernungspauschale steigt ab 2026 ab dem ersten Kilometer von 30 auf 38 Cent. So werden steigende Mobilitätskosten besser ausgeglichen.

Ein weiteres Zeichen der Anerkennung gilt dem Ehrenamt. Mit dem Ehrenamtpaket erhöhen wir die Übungsleiterpauschale auf 3.300 Euro und die Ehrenamtpauschale auf 960 Euro. Zudem bauen wir Bürokratie ab und heben mehrere steuerliche Freigrenzen an – eine spürbare Erleichterung für Vereine und ihre Vorstände.

Mit dem Rentenpaket I modernisieren wir die Altersvorsorge schrittweise. Enthalten sind unter anderem die Aktivrente, Verbesserungen für Mütter und die Stabilisierung des Rentenniveaus. Eine umfassende Reform wird folgen – offen, ehrlich und generationengerecht.

Nach drei Vierteljahren Regierungsarbeit zeigt sich: Kompromisse sind anspruchsvoll, aber notwendig. Unser Ziel bleibt klar – wirtschaftliche Stärke und nachhaltiger Wohlstand für kommende Generationen.